



Gemeinsam haben CDU, AfD und LBA einige Vorhaben der Verwaltung zu Fall gebracht. Was wie ein Erfolg klingt, hat für die Stadt aber weitreichende Folgen.

Foto: Felix Eisele

Der Wochenkommentar

Blockade mit Preisetikett

■ Die knappen Mehrheitsverhältnisse im Rat fordern ihren Tribut.

■ Am Mittwoch bestimmten CDU, AfD und LBA den Ton. Und trafen gleichsam weitreichende wie folgenschwere Entscheidungen.



Felix Eisele

Schlechter hätte das Jahr 2025 kaum enden können. Zumindest aus Sicht der Löhner Bürgerinnen und Bürger. Eine temporäre Ratsmehrheit hat kurz vorm Weihnachtsfest Entscheidungen gefällt, die eine ganze Stadt treffen – mit spürbaren Folgen für Bürger und Projekte: Die Stadtwerke kaltgestellt, die Infrastruktur sich selbst überlassen, die Menschen finanziell belastet, Schulen mit ihren Problemen allein gelassen, Bürgerbeteiligung verhindert. Wohl gemerkt ohne jede Not und vor allem: ohne Perspektive.

Ja, es war eine Gelegenheit, die sich am Mittwoch im Rat der Stadt eröffnete. Weil auf der linken Seite des Plenums vier Sitze leer geblieben waren – ob aus Krankheits- oder aus Urlaubsgründen sei einmal dahingestellt –, war das konservativ-rechte Lager plötzlich in der Mehrheit. Dass CDU, AfD und Löhner Bürger-Allianz diese Chance ergriffen, um entscheidend in laufende Prozesse eingzugreifen, kann ihnen dabei nicht einmal übel genommen werden. Im Gegenteil wäre es für eine Opposition sogar nahezu fahrlässig, solch günstigen Augenblicke nicht für eigene Erfolge zu nutzen.

Jedoch: Was die drei Fraktionen stattdessen abliefern, kann nur schwerlich als Er-

folg bezeichnet werden. Nicht einmal als kluger Schachzug. Und schon gar nicht als politisches Verantwortungsbewusstsein im Sinne des Souveräns. Statt nämlich eigene Ideen umzusetzen, wurden ausschließlich Dinge verhindert. Mit mindestens umstrittenen Argumenten und umso fataleren Folgen.

So ließ die Ratsmehrheit etwa den Wirtschaftsplan der Stadtwerke durchfallen – und entzog dem Eigenbetrieb damit im Handstreich die Grundlage für die künftige Arbeit. Denn ab Januar gibt es nun kaum noch genehmigte Tätigkeiten, Hochwasserschutz, Kanalverlegung, Regenwasserkonzept, Energieversorgung und Projektplanung liegen damit auf Eis. Nur das allernötigste dürfen Betriebsleiter Matthias Kreft und sein Team noch durchführen.

Ob das im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ist, darf getrost bezweifelt werden. Dabei waren es eigentlich genau diese Betroffenen, in deren Sinne die drei Fraktionen zu handeln vorgaben. Weil einerseits die Anhebung des Wasserpreises um 8 Cent pro Kubikmeter als Schröpfung der Gebührenzahler missinterpretiert, andererseits die Ge-

winnausschüttung an den städtischen Haushalt als „Quersubventionierung“ kritisiert wurde.

Dass eben diese Ausschüttung nicht nur gesetzlich zulässig, sondern auch noch von einem gültigen Ratsbeschluss bestätigt wird, haben die handelnden Fraktionen dabei entweder geflissentlich ignoriert – was schon tief blicken lassen würde. Oder aber sie haben es einfach nicht gewusst – was für politische Akteure noch schlimmer wäre.

Doch selbst wenn es anders wäre: Einen konstruktiven Vorschlag hörte man aus den Reihen der Gegner nicht. Kein Aufbruch, kein Fingerzeig, keine Perspektive. Stattdessen einfach nur ein „Nein“. Wenn aber die Unzufriedenheit über die aktuelle Praxis so groß ist, muss die Frage gestellt sein, warum auf einen Antrag auf Veränderung verzichtet wurde.

Und so stellt sich nicht nur dem geeigneten Beobachter die Frage, wie es nun weitergehen soll. Auch den Stadtwerken sind ohne weiteren Ratsbeschluss die Hände gebunden: Weder dürfen sie auf eine Gewinnausschüttung verzichten, noch können sie das dafür nötige Geld aus ihrer Energiesparte beziehen. Denn die wirft zumindest bislang einfach zu wenig ab, um den Vorgaben gerecht zu werden.

Mit anderen Worten: Die drei Ratsfraktionen haben an dieser Stelle nicht das Geringste erreicht – außer einen weitgehenden Stillstand der Stadtwerke. Frühestens ab März können die wieder aktiver werden, sofern vorab ein Wirtschaftsplan abgesegnet

wird. Bis dahin aber wird eine Menge liegen bleiben. Und auch die Gebührenbescheide müssen dann noch ein zweites Mal versendet werden – laut Kreft mit zusätzlichen Portokosten von 27.000 Euro.

Ähnlich verhält es sich mit der Anpassung der Abfallgebühren, die CDU, AfD und LBA ebenfalls ablehnten. Die nämlich werden aufkommensneutral berechnet – was nichts anderes bedeutet, dass durch die Gebühren sämtliche Entsorgungskosten gedeckt sind. Wenn die Verwaltung also eine minimale Anhebung beim Biomüll vorsieht und die Abholung von Sperrmüll verteuern will, dann geschieht das nicht aus Boshaftigkeit – sondern aus Notwendigkeit. Mit ihrem Nein haben die drei Fraktionen also vielleicht den Gebührenzahler entlastet. Bezahlte werden aber muss der Verlust dennoch – in diesem Fall aus dem städtischen Haushalt. Knapp 34.000 Euro kostet das den Steuerzahler.

Anders ausgedrückt: Mit gerade einmal zwei Abstimmungen haben CDU, AfD und LBA Kosten in Höhe von mehr als 60.000 Euro verursacht. Zur Erinnerung: Das sind gut 20.000 Euro mehr als für den dritten stellvertretenden Bürgermeister fällig werden – den die drei Fraktionen aus Kostengründen abgelehnt haben.

Und die Grundschulen? Die werden es auch künftig schwer haben, ihre Leitungspositionen zu besetzen. Denn eine Umwandlung der sieben Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen wurde von CDU, AfD und LBA verhindert – und damit auch die Möglichkeit, Leitungspersonal oh-

ne evangelische Konfession einzustellen. Viele Bewerber scheiden damit von vornherein aus.

Und warum? Weil die Partei mit C im Namen glaubt, den christlichen Glauben besser zu verstehen als die Kirchengemeinden, die eine Umwandlung unterstützt hatten. Weil die LBA der Meinung ist, dass Eltern keine Umwandlung wollen – und eine Befragung eben jener gar nicht erst zulässt. Und weil die AfD sich für eine Lösung auf Landesebene ausspricht – wo aber wiederum die Partei mit C im Namen regiert und an einer Änderung kaum interessiert sein dürfte.

Im Ergebnis werden die Schulleiterstellen auch künftig nicht nach Qualität, sondern nach Konfession besetzt. Wenn überhaupt. Denn die Bewerber stehen nicht gerade Schlange, schon jetzt haben mehrere Schulen im Stadtgebiet keine reguläre Leitung. Und eine andere Lösung ist nicht in Sicht – auch nicht aufseiten der Gegner.

Natürlich muss man nicht alles absegnen, was die Verwaltung vorlegt. Dann aber sollten zumindest Alternativen vorgeschlagen werden. Politisch mag der Abend daher als Erfolg verbucht werden. Operativ aber zahlen vorerst die Bürger den Preis: mit Verzögerungen, Zusatzkosten und vertagten Lösungen.

Vielleicht aber – und dessen sollten sich alle Akteure bewusst sein – zahlen sie ihn auch irgendwann einmal zurück.

**Wie denken Sie darüber?
Ich freue mich auf Ihre
Anregungen unter
felix.eisele@nw.de**